ESSAY » KAPITALISMUSKRITIK Der Pariser Ökonom Thomas Piketty feiert in den Vereinigten Staaten einen Triumph: Sein Buch zerpflückt den Kapitalismus – und die Amerikaner lieben es. Für Gastautor **ANDREAS MARQUART** setzt die Kritik an der größer werdenden Ungleichheit bei den Vermögen an der falschen Stelle an. Er fordert ein Ende des staatlichen Geldmonopols und mehr Währungswettbewerb

Der Staat und das Geld der anderen

Pikettys Buch „Capital in the Twenty-First Century" ist seit Wochen ausverkauft. „Vielleicht das beste Buch des Jahrzehnts", ließ der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman verlauten. Warum schlägt Pikettys Buch so hohe Wellen? Ganz einfach: Es ist seine These, der Kapitalismus sei es, der Reiche reicher werden lässt und Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft schafft. Sein Vorschlag: höhere Steuern für die Reichen und Umverteilung von oben nach unten.

Damit trifft Piketty den Zeitgeist und auf offene Ohren zugleich. Angeblich haben US-Präsident Barack Obama, Papst Franziskus und IWF-Chefin Christine Lagarde das Buch schon gelesen. Politiker allerorten bekommen von Piketty eine Steilvorlage, Wirtschaft und Bürger mit noch mehr staatlichen Eingriffen und noch mehr Steuern zu strangulieren, wobei noch zu definieren ist, wer reich ist. Regierungen weltweit werden die Gunst der Stunde zu nutzen wissen, um ihre Bürger noch stärker zur Kasse zu bitten. Die sollten daher mit Applaus und Rufen wie „Ja, die Reichen sollen mehr Steuern bezahlen" lieber vorsichtig sein.

Die Geldschöpfung aus dem Nichts bereichert nur wenige

Der Unterstützung durch den Bürger, den bösen Kapitalismus endlich zu zähmen, kann sich die Politik nur deshalb sicher sein, weil im Bereich der Ökonomie so viele Irrlehren unterwegs sind. Dies vor allem deshalb, weil so viele Ökonomen in Wirtschaftsinstituten von staatlicher Förderung und staatlichen Aufträgen abhängig sind und sie ihrem Finanzier deswegen so gern nach dem Mund reden. Nur so gelingt es, die vor allem seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 unübersehbaren Missstände in der Wirtschaft dem Kapitalismus oder dem freien Markt anzulasten. Doch existiert er überhaupt, dieser Kapitalismus? Gibt es ihn, diesen freien Markt, von dem die Politik das Primat zurückgewinnen müsse, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es einmal formulierte?

Antwort: Nein. Was wir haben, ist eine zunehmend durch staatliche Eingriffe regulierte Wirtschaft. Kaum ein Bereich, in dem der Staat nicht seine Finger im Spiel hat. Wir haben Mindestlöhne und Mietpreisbremse. Wir haben ein staatlich reguliertes Gesundheitswesen und auf dem Markt für Staatsanleihen wurden freie Preise im Laufe der letzten Jahre auch abgeschafft: durch den Kauf von Staatsanleihen durch die Notenbanken. Womit wir beim elementarsten Übel überhaupt angekommen wären – dem staatlichen Geldmonopol, dem Gegenteil eines freien Marktes. Wettbewerb beim Geld? Fehlanzeige.

Nahezu niemand hinterfragt, ob es gut ist, wenn das Monopol für das Geld beim Staat liegt. Dabei würde wahrscheinlich jeder die Frage, ob ein Monopol gut für den Verbraucher sei, vehement verneinen. Warum also hinterfragt niemand das staatliche Geld? Warum will niemand wissen, wo die ständig steigenden Geldmengen eigentlich herkommen?

Vielfach glauben die Menschen, dass neues Geld nur bei der Notenbank, in unserem Fall also bei der Europäischen Zentralbank, entsteht. Das ist aber nur zum Teil richtig. Denn der weitaus größte Teil neuen Geldes entsteht bei den Banken selbst, in Form von Kredit, indem Bankeinlagen – mit staatlicher Erlaubnis – ausgeliehen werden dürfen. Lediglich eine Mindestreserve von aktuell einem Prozent muss vorgehalten werden. Geld ist somit durch nichts mehr gedeckt und basiert rein auf dem Vertrauen, dass man morgen noch etwas dafür kaufen kann. Wir leben in einem reinen Papiergeldsystem.

Die Folgen sind vielfältiger, als es auf den ersten Blick scheint. Vor allem aber: Die Geldschöpfung aus dem Nichts bereichert wenige zulasten vieler. Denn die wenigen – das sind Banken, Staat, Großunternehmen und Superreiche – gelangen als Erstes an das neu geschaffene Geld. Sie profitieren noch von den alten, niedrigeren Preisen. Anschließend bahnt es sich seinen Weg durch die Volkswirtschaft. Kommt das Geld bei Arbeitnehmern oder Rentnern an, sind die Preise für Güter und Dienstleistungen bereits angestiegen. Die Letztempfänger bekommen so für eine Geldeinheit immer weniger. Manche erhalten vom neuen Geld sogar überhaupt nichts.

Es ist nicht übertrieben, das herrschende Geldsystem als Geldsozialismus für Reiche zu bezeichnen. Dabei haben sich doch alle Parteien die „soziale Gerechtigkeit" auf die Fahne geschrieben. Wenn wenige auf Kosten vieler profitieren, ist es mit sozialer Gerechtigkeit nicht weit her. Es drängt sich sogar der Eindruck auf, als schaffe der Staat wissentlich mit seinem Monopolgeld soziale Ungerechtigkeit, um sich dann als Retter in der Not zu präsentieren und die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich als Rechtfertigung für das eigene Dasein zu verwenden. Schließlich muss ja wieder von oben nach unten umverteilt werden.

Die Menschen rufen instinktiv nach mehr Staat

Von dem Teil, den der Staat dabei für sich behält, lässt es sich als Politiker ganz ordentlich leben. Man stelle sich vor, immer wieder zieht in der Nacht ein Glasermeister durch die Straßen im Ort, um an den Häusern mit Steinen die Scheiben einzuwerfen. Am nächsten Tag rufen die Bewohner bei ihm an, um sich eine neue Scheibe einsetzen zu lassen, völlig ahnungslos darüber, dass es der Glasermeister selbst ist, der für ständigen Nachschub seiner Auftragseingänge sorgt. Bizarrer Vergleich? Und doch drängt er sich auf.

Die Finanzkrise lässt die Menschen deutlicher denn je spüren, dass etwas nicht stimmt. Sie ordnen die Missstände aber nicht dem Geldsystem als Ursache zu, sondern rufen instinktiv nach mehr Staat, fordern Mindestlöhne und die Deckelung von Mieten. Sie rufen den zu Hilfe, der mit seinem Monopolgeld daran Schuld trägt, dass Vermögen und Kaufkraft innerhalb der Gesellschaft von unten nach oben transportiert werden und Reiche immer reicher werden. Mit fortwährendem Gelddrucken und ständiger Ausweitung der Geldmengen wird der breiten Bevölkerung eine gerechte Teilhabe an wirtschaftlichem Fortschritt verwehrt.

Geld ist die Basis und das Band für eine spezialisierte, arbeitsteilige Gesellschaft und somit ein zu wichtiges Thema, um es dem Staat zu überlassen. Wir brauchen kein Geldmonopol, wir brauchen Währungswettbewerb. Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern weniger. Und wir brauchen nicht noch mehr in die Irre führende Theorien wie die von Thomas Piketty.

ANDREAS MARQUART

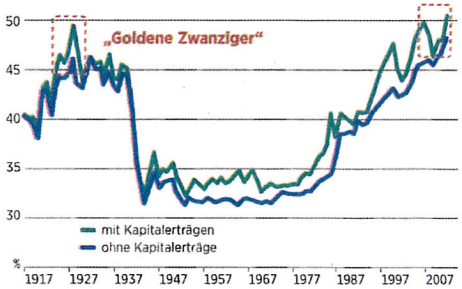
Vorstand des Ludwig von Mises Instituts Deutschlands

Nach 15 Jahren als Banker machte sich Marquart 1998 in der Finanzdienstleistung mit dem Schwerpunkt Vermögensanlage selbstständig. Bei der Beratung orientiert er sich an den Erkenntnissen der österreichischen Schule der Nationalökonomie. Zusammen mit Philipp Bagus, Professor für VWL an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid, hat Marquart jetzt das Buch „Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden – und welche Rolle der Staat und unser Papiergeld dabei spielen" veröffentlicht (Finanz-Buch Verlag 2014, ISBN 978-3-89879-857-0, 192 Seiten, 16,99 Euro).

Einkommensverteilung in der USA

50 Prozent des gesamten Vermögens in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung – diese Verteilung gab es auch schon in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Der Pariser Ökonom Tomas Piketty führt das aktuelle Phänomen auf Fehler des Kapitalismus zurück. Er fordert unter anderem mehr Umverteilung.

DER ANTEIL DER REICHSTEN ZEHN PROZENT DER BEVÖLKERUNG AM US-GESAMTEINKOMMEN (IN PROZENT)



Quelle: AP